



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Revisionsausschusses
am 31. Oktober 2007
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Stv. Torsten Tollebeek (CDU)

Anwesende Ausschussmitglieder:
Ferner anwesend:
Tagesordnung:
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1
siehe Anlage 2
siehe Anlage 3
siehe Anlage 4

Beginn: 17:10 Uhr

Ende: 20:45 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten
DL Nrn. 31/07, 32/07

(Drucksachenband 121)

Drucksachenlisten
DL Nrn. 35/07, 36/07, 37/07

(Drucksachenband 122)

Drucksachenlisten
DL Nrn. 38/07

(Drucksachenband 123)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

öffentliche Sitzung

0134 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

0135 07-A-19-0003

Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses 05.09.2007 wird genehmigt.

Einstimmig

0136 07-A-19-0019

Leistungen des Spielbankunternehmers lt. Spielbankvertrag

Einstimmig

0137 07-V-01-0009

Ball des Sports 2007 - Rückblick und Endabrechnung

Einstimmig

0138 07-V-01-0010

Begleitung der Baumaßnahme "Zentrales Justiz- und Verwaltungszentrum Wiesbaden, Mainzer Straße"

gegen BLW

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 31. Oktober 2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0139 07-V-20-0060

Investitionscontrolling 3. Quartal 2007

Einstimmig

0140 07-V-20-0062

Übersicht der durch den Magistrat bis 30.09.2007 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Einstimmig

0141 07-V-66-0229

Dotzheimer Straße / Schwalbacher Straße; Ausbau der Bushaltestellen

Einstimmig

0142 07-V-51-0038

Entgelte für die Frühförder- und Frühberatungsstellen der Lebenshilfe Wiesbaden e. V. und der Interessengemeinschaft für Behinderte e. V.

Einstimmig

0143 07-V-69-0010

Tattersall; Sanierung des Gebälks von Innen

Einstimmig

0144 07-V-64-0004

Übersicht über die Architekten- und Ingenieurleistungen im Hochbaubereich in den Jahren 2004 - 2006

Die Übersichten gelten als eingebracht und werden in der Sitzung des Ausschusses am 28.11.2007 behandelt.

Einstimmig

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 31. Oktober 2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0145 07-V-69-0011

Soziale Stadt "Inneres Westend"/Wellritzhof - Nachfinanzierung Baukostensteigerung

Der Vorlage wird vorbehaltlich der Zustimmung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung zugestimmt.

Einstimmig

0146 07-V-69-0015

Sozial Stadt "Inneres Westend" - Wellritzhof-Nachfinanzierung Baukostensteigerung

Der Vorlage wird vorbehaltlich der Zustimmung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung zugestimmt.

Einstimmig

0147 07-F-01-0009

Betriebliches Vorschlagswesen
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.01.2007 -

Vors. Tollebeek fragt nach, ob mit der Sitzungsvorlage Anfang 2008 gerechnet werden kann.

Herr Stadtrat Bendel teilt mit, dass dies zwar das Ziel sei, aber kein konkreter Zeitpunkt benannt werden kann, da eine Abstimmung mit dem Personalrat aussteht und daher die Zeitschiene nicht kalkulierbar ist.

Einstimmig

0148 07-A-19-0008

Prüfung der Jahresrechnung 2005; Bildung einer Prüfgruppe

Den Ausschussmitgliedern liegt das Prüfgruppenprotokoll vor.

Einstimmig

0149 07-A-19-0018

Abrechnung "Weihnachtsrevue"

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 31. Oktober 2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Hierzu liegt ein schriftlicher Bericht vor. Nachfragen werden nicht gestellt.

Einstimmig

0150 07-A-19-0017

Übersicht über Gutachten und Beratungsleistungen

Der Magistrat wird gebeten, eine ämterbezogene Übersicht über Gutachten und Beratungsleistungen und über die Beauftragung externer Referenten/Referentinnen für das Jahr 2007 vorzulegen.

Einstimmig

0151 07-A-19-0021

Filmbühne Caligari und Villa Clementine

Herr Funk (Kulturamt) ist anwesend. Eingeladen war der Leiter des Kulturamtes, Herr Fischer, der sich zur Zeit im Urlaub befindet.

Er berichtet zu dem Prüfbericht, dass nach den Kassenprüfungen und Gesprächen mit dem Revisionsamt auf ein anderes Abrechnungssystem umgestellt wurde und sich die Punkte, die konkret bemängelt werden, auf das Jahr 2002 beziehen und später nicht mehr aufgetreten sind. Es hätte Probleme gegeben z.B. durch Sonderkartenverkäufe, die über den eingebuchten 10-€-Betrag hinausgingen. Die andere Tackung sei aber heute kein Thema mehr.

Vors. Tollebeek fragt nach, warum es bei 70 Kassen in der Landeshauptstadt Wiesbaden immer wieder zu Problemen bei vereinzelt Kassen käme und die Villa Clementine und das Caligari immer bei den Problemfällen zu finden sei. Man müsse davon ausgehen, dass 67 andere Kassen besser geführt seien. Vielleicht sieht man es bei einigen Kassen einfach etwas zu locker. Bei einer Vielzahl von Prüfungen hätte man erwarten können, dass sich etwas in den Abläufen ändert.

Herr Funk berichtet, dass die entsprechenden Abteilungen halbjährlich auf eine ordnungsgemäße Kassenführung hingewiesen werden, dass ständig geschult werde und die Kassenführung ein permanentes Thema sei.

Auch Stv. Dr. Goßmann bemängelt, dass andere Kassen, die einmal „erwischt“ wurden nie wieder auffällig waren. Selbst wenn die Personalauswahl schwierig sei, müsse die Angelegenheit trotzdem geregelt werden.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass man zukünftig die Villa Clementine und das Caligari nicht mehr in den Prüfberichten finden möchte. Kassen müssen einfach in Ordnung sein. In der Privatwirtschaft müssen Fehlbeträge von den Kassierern selber ausgeglichen werden. In den nächsten 4 Monaten wird es unvermutete Kassenprüfungen durch das Revisionsamt geben.

Einstimmig

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 31. Oktober 2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0152 07-A-19-0020

Ausländerbehörde

Vors. Tollebeek fragt nach, welche Maßnahmen ergriffen wurden, damit zukünftig ähnliche Vorfälle vermieden werden können.

Herr Tischel (Einwohner- und Integrationsamt) weist darauf hin, dass lediglich ein Mitarbeiter betroffen war und das Verfahren noch schwebend bzw. vom Personal- und Organisationsamt betrieben.

Herr Löber (Revisionsamt) berichtet, dass sowohl das Personal- und Organisationsamt als auch das Revisionsamt verzögert über die Vorfälle informiert wurden. Man könne die Leistungen nicht wahlweise in Anspruch nehmen, sondern die genannten Ämter seien zu informieren.

Vors. Tollebeek bekräftigt die Aussage und geht davon aus, dass die interne Kompetenz genutzt werden sollte. Er verspricht sich Verbesserungen nach Überarbeitung der entsprechenden Richtlinien.

Die Angelegenheit hat für den Ausschuss ihre Erledigung gefunden.

Einstimmig

0153 07-V-14-0001

Prüfung der Jahresrechnung 2005

Die Prüfung der Jahresrechnung 2005 und die Entlastung des Magistrats werden für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 15.11.2007 vorgesehen.

Berichtersteller wird Stv. Dr. Goßmann sein.

Einstimmig

0154 07-F-25-0103

Krippengruppe in der Kita der Evang. Christopherusgemeinde - Mehrkosten
- gem. Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 23.10.2007 -

Der Antrag wird ohne eingehende Diskussion angenommen.

Einstimmig

0155 07-F-01-0099

Unwirksamkeit des Bebauungsplans "Freizeitzentrum an der Igstadter Straße" in Bezug
auf die Verlängerung des Westrings bis zur K 656
-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 22.10.2007-

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 31. Oktober 2007

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Von Seiten der Verwaltung sind Frau Friedel-Dammrau und Frau Weber (Stadtentwicklungsdezernat) zu diesem Punkt anwesend.

Sie berichten, dass der Stadt ein Gesamtschaden i. H. v. 3.581 € entstanden ist. Das Stadtplanungsamt ist für Bauleitplanung usw. zuständig. Das Verfahren laufe seit 1972. Die Stadt sei seinerzeit durch den Abschluss der Eingemeindungsverträge verpflichtet worden, die Angelegenheiten der ehemals selbständigen Gemeinden weiter zu führen.

Das mehrstufige Verfahren zur Bauleitplanung wird erläutert. Es seien unterschiedliche Dinge bemängelt worden, u. a. sei die Stellplatzfrage nicht genügend abgewogen worden. Die Rechtmäßigkeit des Bebauungsplanes allgemein sei aber nicht betroffen gewesen, sondern er sei nur teilweise unwirksam. Das Gericht hat den Antragstellern Recht gegeben und festgehalten, dass die Antragsgegnerin (Landeshauptstadt Wiesbaden) nicht ausreichend u. a. die Stellplatzfrage ermittelt hätte.

Der Antrag hat durch die in der Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0156 **07-F-01-0100**

WIVERTIS Netzwerkstörungen
-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 22.10.2007-

Herr Löber (Revisionsamt) berichtet, dass das Revisionsamt den Magistrat (III/ITM) am 01.10.2007 angeschrieben habe und um eine zeitnahe und detaillierte Mitteilung zu den Faktoren gebeten hat, die zu den gravierenden Störungen geführt haben. Der Bericht liege seit dem 31.10.2007 dem Revisionsamt vor, lasse aber Fragen offen.

Der Antrag wird angenommen und der schriftliche Bericht hierzu abgewartet.

Einstimmig

0157 **07-F-01-0101**

Geschäftsverbindung mit Werbeagentur
-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 22.10.2007-

Der Antrag wird angenommen und um den zeitlichen Zusatz ergänzt, dass ein Bericht über Geschäftsbeziehungen ab 01.01.2004 erwartet wird.

Einstimmig

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0158 07-F-01-0039

Finanzielle Unterstützung für das Freudenberger Schloß
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 17.04.2007 -

Stadtrat Bendel berichtet, dass das Revisionsamt darauf hingewiesen hat, dass bereits 2004 ein Bericht erstellt wurde, in dem auch auf Zahlungen an den Pächter eingegangen wurde. Die Angaben beruhen auf Aussagen des Pächters selbst. Er selbst habe seine Zusammenstellung der Zahlungen natürlich durch die Verwaltung (Ämter) erstellen lassen.

Stv. Dr. Goßmann berichtet, dass der Unmut durch einen Artikel im Wiesbadener Kurier ausgelöst wurde, in dem der Pächter behauptet hatte, dass er kein Geld von der LHW erhalten habe. Die Angelegenheit sei für ihn erledigt, wenn er den Bericht des Revisionsamtes aus dem Jahr 2004 erhalten würde.

Vors. Tollebeek bittet das Revisionsamt, den Bericht der SPD-Fraktion zuzuleiten.

Für den Ausschuss hat der Antrag seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0159 07-A-19-0013

Sanierung der Russischen Kapelle - üpl-Mittel

Vors. Tollebeek wünscht zu der Sanierung der Russischen Kapelle einen dezidierten Bericht. Der Ausschuss beschließt, den Magistrat um folgende Auskünfte zu bitten:

1. Wie hoch sind die tatsächlich entstandenen Kosten der beschlossenen Sanierung der Russischen Kirche? Die Stadtverordnetenversammlung hat mit Beschluss Nr. 0382 vom 20.09.2007 einen Sanierungsrahmen von 460.000 € festgelegt.
2. Wann ist die Sanierung voraussichtlich abgeschlossen?
3. Wie beurteilt der Magistrat die Bauüberwachungsleistung des durch Dezernat V/64 beauftragten Architekten?
4. Sollten die Kosten den durch die Stadtverordnetenversammlung genehmigten Kostenrahmen übersteigen, wird der Magistrat um Mitteilung gebeten, warum nicht auf die aus den Jahren 1958 und 1978 zu Grunde liegenden Vorarbeiten für die damals bereits durchgeführten Neubeschichtungen (z.B. Berechnung der zu beschichtenden Flächen) zurück gegriffen wurde.

Vors. Tollebeek gibt zu Protokoll, dass die Aussage, dass die Russische Kapelle bisher nie neu beschichtet sondern nur gereinigt wurde, nicht zutrifft, da ihm gegenteilige Aussagen von kompetenter Seite vorliegen. Man kann davon ausgehen, dass das Wiesbadener Hochbauamt 1958 und 1978 in der Lage, die entsprechenden Arbeiten auch in Bezug auf die Quadratmeterzahl ordnungsgemäß in Auftrag zu geben, was 2007 nicht gelungen ist.

Einstimmig

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 31. Oktober 2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0160 07-A-19-0015

Sonderprüfung Neubau Rhein-Main-Halle durch das Revisionsamt

Stv. Dr. Goßmann verlässt wegen Befangenheit den Raum, da er Mitglied des Aufsichtsrates ist.

Vors. Tollebeek führt aus, dass die Kosten für den Neubau bzw. Umbau der Rhein-Main-Halle einschließlich der Vorhalle erheblich über den veranschlagten Kosten liegen werden und durch die notwendige Behebung der erheblichen sicherheitstechnischen Mängel aufgrund von Feuergefährdung im Bereich der Umkleiden und Garderobenkabinen mit weiteren Kostensteigerungen zu rechnen ist.

Der Revisionsausschuss beauftragt das Revisionsamt direkt, die tatsächlich entstandenen Kosten für den Neu- bzw. Umbau der Rhein-Main-Halle unter Einbeziehung aller Akten einschließlich einer Bewertung und Beurteilung der Bauüberwachung, der Baubeauftragung und auch des Bauzustandes nach Beendigung der Umbaumaßnahme einer Sonderprüfung zu unterziehen.

Sollte es für die Prüfung aus bautechnischer Sicht notwendig sein, wird der Hinzuziehung externer Gutachter explizit zugestimmt.

Hierdurch entstehende üpl/apl Kosten sind dem Revisionsausschuss zur Genehmigung vorzulegen.

Einstimmig

0161 07-V-41-0021

Stadtbibliotheken Wiesbaden: Projekt "StaBi 2010"

Der Ausschuss beschließt die Sitzungsvorlage in der heutigen Sitzung nicht, sondern erwartet einen schriftlichen Bericht zu den unter dem nachstehend aufgeführten Punkt gestellten Fragen.

Einstimmig

0162 07-A-19-0016

Stadtbibliothek - Ermittlung tatsächlicher Kosten

Vors. Tollebeek zitiert aus der Vorlage und nimmt Bezug auf die Berichterstattung im Wiesbadener Tagblatt. Dort wurde ausgeführt, dass der Besitzer des Weinand-Hauses lediglich 48 Std. Zeit hatte, ein Angebot abzugeben, was man als Unverschämtheit betrachten könnte, wenn dem so wäre. Außerdem lägen nach seiner Meinung die tatsächlichen Mietkosten nie bei 863.000 € pro Jahr, zumal es keine Verhandlungen mit dem Vermieter gegeben hätte.

Um Klarheit in der Angelegenheit zu erlangen, wird der Magistrat gebeten, zu folgenden Fragen schriftlich Stellung zu nehmen:

Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 31. Oktober 2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

-
1. Wann wurde von wem mit welchen Unterlagen in welchem Kontext und mit welchem Ziel mit dem jetzigen Vermieter verhandelt?
 2. Wann wurden welche Angaben seitens des jetzigen Vermieters vorgegeben?
 3. Wer hat wann mit welchen Unterlagen und in welchem Kontext ermittelt, dass der Zustand im Weinand-Haus unhaltbar ist und auch unhaltbar bleiben wird?
 4. Wer hat diese Kosten entsprechend ermittelt?

Herr Funk (Kulturamt) berichtet, dass man mit Herrn Weinand mehrere Monate im Gespräch war. Es hätte auch verschiedene Angebote gegeben. Herr Weinand hatte Mieten zwischen 14,80 € und 18,90 € in den Raum gestellt; daraus wurde 16,40 € als Mittelwert ermittelt. Herr Weinand hat dann bei mehr als 20 Jahren Mietzeit einen Abschlag von 0,50 € angeboten.

Vors. Tollebeek weist noch einmal darauf hin, dass nicht er unterstellt habe, dass Herrn Weinand lediglich 48 Std. Zeit zur Abgabe eines Angebotes eingeräumt wurden, sondern dass es sich dabei um ein Zitat aus der Tagespresse gehandelt habe.

Die Stellungnahme der Kämmerei geht auch darauf ein, dass die Finanzierung noch nicht geklärt ist. Daher habe er die obg. Fragen an die Verwaltung formuliert.

Der Revisionsausschuss behält sich vor, bei Vorlage des schriftlichen Berichts den jetzigen Vermieter zur Sitzung des Ausschusses und Beratung der Angelegenheit in nicht öffentlicher Sitzung einzuladen.

Einstimmig

0163 07-V-64-0007

Sachstandsbericht zum statischen Zustand der Kellerskopfhalle, Wiesbaden-Naurod

Der Ausschuss beschäftigt sich mit dem statischen Bericht, weil im Magistratsbeschluss vom 10.01.2006 beim Zustand der Kellerskopfhalle keine Sanierung angedacht war. Die Begutachtung aller in Frage kommenden Hallen hat rd. 300.000 € gekostet.

15 Monate später wird jetzt festgestellt, dass doch eine Sanierung als notwendig erachtet wird.

Herr Brunke (Hochbauamt) weist auf die Zuständigkeiten der einzelnen Ämter in diesem Fall hin. Außer dem Schulamt hat kein anderer Bereich finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. Manche Hallen wurden in 2006 nur nach den vorhandenen Unterlagen bewertet. Die Sanierung basiert insgesamt auf der Begutachtung aus 2006, hat aber intensiver nach Mängeln geschaut.

Herr Schütze (Sportamt) bestätigt diese Verfahrensweise.

Die Fragen des Ausschusses sind beantwortet worden. Die Angelegenheit hat ihre Erledigung gefunden.

Einstimmig

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0164 07-V-67-0006

Neue Blumenkübel für die Wilhelmstraße

Kosten betragen lt. Vorlage 160.000 € und die Interessengemeinschaft Wilhelmstraße sollte ca. 50.000 € Spenden erbringen.

Herr Weber (Amt für Grünflächen, Landwirtschaft und Forsten) berichtet, dass die Interessengemeinschaft bisher 51.000 € gespendet hat.

Es war ursprünglich angedacht, die Kübel mit eigenem Personal zu stellen. Durch den Putin-Besuch war ein schnelleres Aufstellen notwendig geworden, so dass zusätzliche Kräfte beauftragt werden mussten.

Insgesamt sind Kosten von 250.000 € entstanden (Kübelaufstellung, Entsorgung der alten Kübel, Beauftragung des Unternehmens, neue Kübel, Fremdfirma für Mehrarbeiten usw.). Von diesem Betrag sind rd. 50.000 € Spenden abzuziehen, so dass der LHW rd. 200.000 € Kosten entstanden sind.

Da noch nicht alle Kübel aufgestellt sind, ist mit ca. 20.000 € weiteren Kosten gerechnet werden muss. Die Deckung erfolgt über das Dezernat und durch das Sofortprogramm Grünmittel.

Einstimmig

0165 07-V-51-0012

Ersatzneubau des Wohnheims der Lebenshilfe Wiesbaden e. V.

Stv. Dr. Goßmann bittet um die Aufnahme einer Auflage in die Vorlage. Es soll eine hieb- und stichfeste Planung mit allen Kosten, dem Zeitfaktor usw. erstellt werden. Erst danach soll die Darlehensgewährung erfolgen.

Dem Zusatz wird zugestimmt.

Einstimmig

0166 07-V-70-0007

Wirtschaftspläne 2008/2009 und Mittelfristplanungen 2010/2011 der Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden

Stv. Reiß fragt nach, wie es denn zu unvorhersehbarer Erneuerung der Maschinenteknik kommen kann.

Herr Wack (Entsorgungsbetriebe) ist für Rückfragen in der Sitzung anwesend. Die Maschinenteknik in den Klärwerken ist hier gemeint. Es sind rd. 300 Pumpen im Einsatz, die über die Jahre ausgetauscht werden müssen. Da man die zeitlichen Abläufe nicht vorhersehen kann, sollen für diese Dinge finanzielle Mittel vorab kalkuliert werden.

Seite 12 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 31. Oktober 2007

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass über Einsparmöglichkeiten bei den Wirtschaftsplänen gibt. Dazu gab es externe Beratung. Der Magistrat war mit den Ergebnissen offensichtlich zufrieden, sonst wäre der Wirtschaftsplan nicht beschlossen worden.

Stv. Dr. Goßmann weist darauf hin, dass die Betriebskommission eine klare Empfehlung zur Beschlussfassung geben soll. Eine Kenntnisnahme der Betriebskommission reicht nicht aus (Weiteres siehe unter Beschluss Nr. 0168).

Enthaltung BLW

0168 **07-A-19-0022**

Empfehlungsprotokolle der Betriebskommission der ELW und der Kurbetriebskommission

Aus dem Hinweis von Stv. Dr. Goßmann formuliert Vors. Tollebeek den Zusatz, dass der Ausschuss erwartet, dass die strategisch und finanztechnisch wirksamen Empfehlungsbeschlüsse der Betriebskommission ELW und Kurbetriebe zeitnah den Gremien vorgelegt werden.

Einstimmig

0169 **07-V-40-0032**

Geschwister-Scholl-Grundschule - Dämmung der Turnhalle

Herr Brunke (Hochbauamt) berichtet, dass 2005 beschlossen wurde, dass 3 Schulen PCB saniert werden müssen, dafür wurden Mittel bereitgestellt. Damals wurde der energetische Teil nicht beschlossen, damit überhaupt eine Finanzierung möglich ist.

Jetzt muss nach und nach aus energetischen Gründen nachgebessert werden (auf Empfehlung des Hochbauamtes). Ein ursächlicher Zusammenhang zur PCB-Sanierung besteht nicht.

Die PCB-Sanierung war günstiger als gedacht, so dass hier eingesparte Mittel für die energetische Sanierung genutzt werden soll.

Vors. Tollebeek bemängelt, dass die Vorlage falsch ist, da hier zwei völlig getrennte Maßnahmen in einer Vorlage vermischt werden. Es hätten 2 getrennte Vorlagen erstellt werden müssen. Ersteller der Vorlage ist das Schulamt.

Er weist weiterhin darauf hin, dass die Kämmerei möglicherweise liberaler geworden ist, da keine konkreter Deckungsvorschlag gefordert wurde.

Herr Pohlenz (Schulamt) räumt Fehler in der Vorlage ein, die auf die unterschiedliche Sachverhalte nicht eingeht. Er findet die Formulierung der Kämmerei in der Stellungnahme sehr vernünftig.

Stv. Dr. Goßmann weist auf den geringen Betrag hin, der hier Gegenstand der Diskussion ist.

Vors. Tollebeek bringt Beispiele von nicht fertig gestellten Maßnahmen, aus deren Restmittel sehr viele Sanierungsmaßnahmen hätten gespeist werden könnten.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Herr Schäfer (Kämmerei) weist auf den Beschluss des Lufthansaprinzips hin. Er sieht die Relation zu den erheblichen nicht verausgabten Mitteln und dem geringen hier beauftragten Betrag und bittet um Verständnis.

Man könnte aber trotzdem eine konkrete Zuweisung aus den größeren Töpfen an kleine Projekte benennen (Stv. Dr. Goßmann). Es ist nicht einzusehen, dass man im konkreten Fall auf verbleibende Mittel am Jahresende hinweist.

In diesem Ausnahmefall wird der Vorlage zugestimmt. Dies muss aber eine Ausnahme bleiben.

Vors. Tollebeek bittet darum, der zuständigen Dezernentin und der Kämmerei einen Brief zu schreiben mit Hinweisen auf die Form von zu erstellenden Sitzungsvorlagen.

Einstimmig

0170 **07-V-51-0004**

Allgemeine Sozialverwaltung; Mehrkosten für Porto und Druckaufträge

Vors. Tollebeek weist auf die Genehmigung der üpl-Mittel in 2006 hin. Es war seiner Zeit vom Dezernat auf Einsparmöglichkeiten hingewiesen worden, die aber bisher nicht belegt wurden.

Frau Landler-Krämer (Amt für Soziale Arbeit) berichtet mündlich über die erwarteten Einsparungen. Das Druckcenter im Rathaus sollte stärker in Anspruch genommen werden, wodurch Einsparungen zu erwarten waren. Die Einsparungen sind zwar auch eingetreten, aber in der Realität wurden durch die SAP-Einführung wesentlich mehr Drucke notwendig, die die Einsparungen wieder aufgebraucht haben. Eingespart wurde nichts.

Stv. Waldeck fragt nach, ob tatsächlich nichts eingespart wurde oder die Druckaufträge insgesamt sehr stark angestiegen sind, was im Umkehrschluss zu höheren Kosten geführt hätte.

Dies wird von Frau Landler-Krämer und Herrn Löber (Revisionsamt) bestätigt.

Herr Schäfer weist darauf hin, dass durch die Einführung von SAP z. B. umfangreiches Schulungsmaterial umgedruckt werden musste.

Der Ausschuss erwartet die Vorlage eines schriftlichen Berichtes.

Einstimmig

0171 **07-A-19-0010**

Rechnungen der Vergabe seit 01.01.2005 für den Bereich SNB

Vors. Tollebeek zitiert aus dem Brief von Stadträtin Thies und lässt einen Ausdruck des § 66 HGO (Aufgaben des Gemeindevorstandes) verteilen. Frau Thies weist in ihrem Antwortschreiben darauf

Seite 14 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 31. Oktober 2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

hin, dass es nicht möglich war, innerhalb eines Monats dem Auftrag nachzukommen und stellt in Frage, ob die Nachfrage des Ausschusses sinnvoll ist und nicht nur Personal bindet.

Man hätte die Zeit nach Aussagen von Vors. Tollebeek zumindest nutzen können, um einen Weg für die Auswertung zu finden.

Herr Löber berichtet, dass man Frau Thies helfen könne. Das Revisionsamt habe seit Jahren einen Download von Finanzdaten zur Verfügung, damit diese nicht verloren gehen.
Für die Zeit des kameralen Haushaltes sind die Zahlen relativ leicht auszuwerten. Ein Mitarbeiter des Revisionsamtes hat innerhalb eines Vormittags eine entsprechende Auswertung gefahren.
Man könnte die Auswertung noch weiter verfeinern, einen Excel-Filter drüber legen und dadurch Daten anders zusammenstellen.

Vors. Tollebeek weist noch einmal auf die Entstehung des Antrages hin. Auslöser waren Annahmen, dass bestimmte Firmen begünstigt werden bei den Auftragsvergaben der Stadt. Kann man z.B. die 50 am häufigsten beauftragten Firmen herausfiltern?

Dies wird bestätigt. Herr Löber hält es für sinnvoll, bei den Datensätzen die Bankverbindungen mit aufzunehmen, die ein Sortierungskriterium sein könnte. Dadurch sei man nicht auf die Schreibweise der Namen angewiesen.

Nach Aussagen von Stv. Dr. Goßmann erledigt das Revisionsamt die Aufgaben von Stadträtin Thies.

Vors. Tollebeek wird den Brief von Frau Thies in absehbarer Zeit beantworten.

Herr Brunke (Hochbauamt) fragt nach, ob es Schwierigkeiten gegeben haben könnte, den Auftrag abzuarbeiten, weil die Rahmenverträge ausgenommen worden sind.

Der 2. Satz (Rahmenverträge) wurde explizit aufgenommen, um der Verwaltung die Arbeit zu erleichtern. Wenn dies eher Probleme mit sich bringt, hätte man dies dem Ausschuss mitteilen können und dann hätte man sicher eine andere Lösung finden können.

Einstimmig

0172 07-A-19-0006

Steuerung von Schulsanierungsmaßnahmen - Schule für Praktisch Bildbare

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass die vom Revisionsamt vorgenommene Zinsberechnung nicht nur rein theoretischer Natur ist (Zitat aus Schreiben Schulamt vom 05.10.07). Solange die LHW noch Schulden hat, ist jeder € zinsbelastet.

Außerdem wollte der Ausschuss wissen, wie viel der Stadt durch nicht in Anspruch genommene Zuschüsse verloren gegangen ist (dies ist wohl nicht nachzuvollziehen).

Er nimmt Stellung zu den Mehrkosten des Estrichs. Der zuerst verlegte Estrich war sehr hochwertig (höchste denkbare Estrichstufe, z.B. für Logistikhallen).

Seite 15 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 31. Oktober 2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Warum dieser hier beauftragt wurde, ist nicht nachzuvollziehen, zumal der später beauftragte Estrich nicht mehr so hochwertig war?
Was hat hier der Gutachter eigentlich genau festgestellt? Ist der Estrich nicht der richtige oder hält er die Flächenlasten nicht aus?
War die Ausschreibung falsch?
Wieso hat der zuständige Sachbearbeiter unterschiedliche Estrichklassen ausgeschrieben - wo liegen hier die Notwendigkeiten/Änderungen?

Durch die unterschiedlichen Estriche wurden Folgekosten verursacht (z.B. mussten die Türen abgeschliffen werden.)

Es scheint sich hier um ein massives Ausschreibungsproblem zu handeln.

Ungeklärt ist nach wie vor auch eine mögliche Haftung.

Das Revisionsamt wird wegen Arbeitsüberlastung nicht mit der Prüfung der Angelegenheit beauftragt.

Zunächst wird der Magistrat gebeten, den gesamten Schriftverkehr einschließlich der Gutachten und den Schriftverkehr zwischen Gutachter und Bauleiter vorzulegen.

Sollten die Auskünfte nicht ausreichen, sieht sich der Revisionsausschuss gezwungen, einen Akteneinsichtsausschuss einzurichten.

Einstimmig

0173 **Verschiedenes**

Stv. Klüssendorf und Stv. Reitz werden in der nächsten Ausschusssitzung nicht anwesend sein können.

Einstimmig

nicht öffentliche Sitzung

0178 **06-A-19-0008**

Prüfung der Jahresrechnung 2004 - Bericht des Revisionsamtes zur Prüfung Umweltladen

Die Verwaltung ist zu diesem Punkt nicht anwesend. Daher wird die Beratung auf die nächste Sitzung vertagt. Außerdem wird Frau Stadträtin Thies angeschrieben und auf die Teilnahme des Magistrats an Ausschusssitzungen hingewiesen.

Einstimmig

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Zu den Beschlüssen 179 und 180 wird gemeinsam diskutiert.

0179 07-F-22-0002

Verkauf von Gebrauchtfahrzeugen
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und FDP vom 04.06.2007 -

Frau Schupp und Herr Löber berichten zu den Verkäufen von Gebrauchtfahrzeugen. Sie berichten:

Es wurde zusammen mit ELW eine Vorsortierung vorgenommen. Man habe festgelegt, dass Personalgespräche geführt werden sollen. Das Verfahren zum Verkauf / Kauf von Gebrauchtfahrzeugen wurde 2006 neu gestaltet. Seit diesem Zeitpunkt müssen sich die Käufer verpflichten, das erworbene Fahrzeug zumindest 6 Monate auf sich selber zuzulassen und die Fahrzeuge nicht zu gewerblichen Zwecken zu erwerben und weiterzuverkaufen.

In einem Fall konnte schlüssig erklärt werden, dass das Fahrzeug (Grabaushubgerät) zu privaten Zwecken genutzt wird. Der Käufer habe eine Nebenerwerbslandwirtschaft und konnte somit den Verbleib des Fahrzeugs erklären.

In anderen Fällen ist dies nicht so eindeutig gelungen. Bei den Müllfahrzeugen muss man davon ausgehen, dass diese weiter verkauft wurden. Allerdings wurde dies vor der Neuregelung vorgenommen und kann nicht belangt werden.

Es wird intensiv über die vorliegenden Einzelfälle diskutiert.

Auffälligkeiten gibt es in vielen Fällen:

Es wurden z.B. Fahrzeuge direkt verkauft, ohne es anderen Interessenten anzubieten. Es gibt einen städtischen Mitarbeiter, der gleichzeitig einen Autohandel betreibt und städtische Fahrzeuge kauft usw. usw.

Städtische Ämter, die z.B. einen Anhänger brauchen und bei ELW nach einem solchen Fahrzeug nachfragen, werden vertröstet auf einen späteren Zeitpunkt, werden aber nie bedient, sondern die Anhänger werden für wenig Geld verkauft.

Gutachterliche Beschreibungen von Fahrzeugen sind oft zweifelhaft (z.B. „Bremsen und Lenkung“ defekt bei dem ehemaligen Dienstwagen von Bürgermeister Goßmann - kaum möglich, da das Fahrzeug regelmäßig gepflegt und gewartet wurde).

Angebotene Fahrzeuge werden fingiert städtischen Ämtern angeboten, d.h., es werden bewusst falsche Ämternamen verwandt, so dass die Angebote überhaupt nicht bei den städtischen Ämtern ankommen. Dies müsste dem Absender aufgefallen sein, da Outlook sofort fehlerhafte Adresse meldet und eine weitere Zustellung möglich gewesen wäre.

Selbst bei der Rechnungslegung gibt es Unregelmäßigkeiten (eine andere Person hat z.B. den Betrag gezahlt, der nicht Rechnungsempfänger = Käufer war).

2 Mitarbeiter ELW haben als Strohmänner für einen Autohandel gearbeitet. Sie haben intern gesteigert, so dass die Versteigerung gar nicht öffentlich gemacht wurde (erst interne, dann externe Versteigerung).

Dienstrechtlich geht Herr Wack von einer möglichen Kündigung der Mitarbeiter aus.

Seite 17 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 31. Oktober 2007

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Auf interne Ausschreibungen melden sich in der Regel 8 bis 10 Interessenten. Man kann fast davon ausgehen, dass sich der Bieterkreis kennt und Absprachen vorab laufen (Nachfrage Stv. Dr. Goßmann).

Die Gebote gehen in einem verschlossenen Umschlag an die Finanzbuchhaltung.

Selbst der Mitarbeiter, der die Gutachten erstellt, bietet bei den Versteigerungen mit. Auch das lässt Manipulationen zu.

Für die Zukunft muss ein anderer Weg beim Verkauf / der Versteigerung von städtischen Fahrzeugen. Das gesamte Verfahren muss geändert werden.

Nach Mitteilung von Herrn Löber hat Herr Oberbürgermeister Dr. Müller angedacht, dass ein externes Unternehmen das gesamte Verfahren durchleuchtet und einen Vorschlag für ein geändertes Verfahren erarbeitet.

Der Ausschuss geht davon aus, dass kein externer Gutachter benötigt wird, sondern die LHW selber einen Weg finden kann. Ein möglicher Weg wäre, den gesamten Verkauf städtischer Fahrzeuge nur noch extern abzuwickeln.

Außerdem bittet der Ausschuss den Magistrat, Strafanzeige wegen Betrug zu stellen.

Nicht unberücksichtigt sollte bleiben, dass durch den Verkauf von Gebrauchtfahrzeugen auch die Ersatzbeschaffungen tangiert werden. Ein städtisches Amt, das ein Fahrzeug benötigt, muss in einigen Fällen eine Neubeschaffung tätigen, obwohl es ein gebrauchtes Fahrzeug gegeben hätte, das allerdings verkauft wurde.

Frau Zieren-Hesse (Hauptamt) ist durch die Beschaffung von Fahrzeugen in den Ortsverwaltungen auch in das Thema involviert.

So wurden in den Ortsverwaltungen Fahrzeuge angeschafft, die im ganzen Jahr lediglich zu 17 % genutzt wird. Es wurde z. B. in Naurod ein Schlegelmulcher für 90.000 € (im Jahr 2004) angeschafft, der jetzt aber nicht mehr genutzt werden kann, da das neu angeschaffte Fahrzeug, das als Zugfahrzeug fungiert, keinen Zapfwellenanschluss mehr hat.

Selbst Fahrzeuge, die kaum genutzt wurden, sollen ersatzbeschafft werden, da angeblich ein Vorglühschaden besteht. Die Verwaltung wurde von ELW falsch beraten, da der Vorglühschaden durch ein einfaches Auswechseln eines Relais hätte behoben werden können.

Einhelliger Konsens ist, dass das Verkaufsverfahren bei ELW sofort ausgesetzt wird.

Eine Arbeitsgruppe wird ein neues Verkaufs-/Versteigerungsverfahren erarbeiten. Bis dahin werden aller Fahrzeuge bei ELW gesammelt.

Frau Zieren-Hesse hat alle Ortsverwaltungen gebeten, einen Bericht über die Ausleistung der dort vorgehaltenen Fahrzeuge vorzulegen.

Herr Löber weist auch auf die abgeschleppten Fahrzeuge hin, die auch bei ELW abgestellt werden. Auch hier ist der Mitarbeiter, der gleichzeitig bei der Autofirma tätig ist, im Einsatz.

Nach Ansicht des Vors. Tollebeek müssen solche Mitarbeiter aus dem Dienst entfernt werden, auch um ein Zeichen für alle ordentlich arbeitenden Mitarbeiter zu setzen.

Seite 18 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 31. Oktober 2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Selbst wenn das Arbeitsgericht die Kündigung aufhebt, hat man aber trotzdem ein Zeichen gesetzt und signalisiert, dass die LHW nichts mehr durchgehen lässt.

Vors. Tollebeek weist in aller Schärfe darauf hin, dass aus der nicht öffentlichen Sitzung nichts nach außen dringen darf. Er wird alle rechtlichen Schritte nutzen, um gegen solche Dinge vorzugehen. Alle Namen usw., die in der n ö Sitzung des Revisionsausschusses besprochen werden, dürfen auch nicht in den Fraktionen diskutiert werden.

Einstimmig

0180 07-A-19-0012

Beschaffung von Fahrzeugen für die Ortsverwaltungen Wiesbaden-Naurod und Wiesbaden-Breckenheim - Bericht des Revisionsamtes

Einstimmig

0181 07-A-19-0014

Bericht zur Besetzung der Stelle des Leiters des Revisionsamtes

Vors. Tollebeek berichtet, dass ihn der Oberbürgermeister und Herr Stadtrat Bendel darüber informiert haben, dass es keinen aktuellen Stand der Dinge gibt. Das Verfahren befindet sich zuzusagen in der Vorbereitung.

Der Punkt wird regelmäßig auf die TO genommen.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .01.2008

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

weitere Schriftführerin

Tollebeek

Koch

Koba